

Prof. Dr. Karl Krahn,  
Vorstandsvorsitzender der Stiftung Solidarität

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen zu unserer Preisverleihung. Ich hoffe, dass Sie dafür Verständnis haben, dass ich bei der Begrüßung mich auf die Akteure beschränken werde. Was heißt beschränken. Ich habe aber gesehen, dass sogar mehrere Landtagsabgeordnete hier sind: Die kommen schnell rüber von der anderen Veranstaltung, die parallel läuft.

Bevor ich zur Begrüßung komme, kann ich mir eine ganz kurze Bemerkung zum Thema nicht verkneifen. In der aktuellen Auseinandersetzung "Arbeitsmarkt und Sozialreform" hat jemand gesagt "Chancengleichheit besteht nicht darin, dass jeder einen Apfel pflücken darf, sondern dass der Zwerg auch eine Leiter bekommt." Es ist wohl, um im Bilde zu bleiben, nicht zu übersehen, dass die Zahl derer, die eine Leiter benötigen, erschreckend hoch ist. Aber, so ist zu befürchten, noch viel größer wird und dass zusätzlich auch die Zahl der Apfelbäume immer weniger werden. Es sind Millionen in unserer Gesellschaft, die ausgegrenzt und diskriminiert werden und chancenlos sind, d. h. eine Leiter benötigten. Aber wer gibt sie ihnen. Unsere Preisträger haben gezeigt, dass dies trotz großer Widerstände und Schwierigkeiten möglich ist, wie wir nachher sehen werden.

Nochmals: Seien Sie alle herzlich willkommen zur Verleihung des Regine-Hildebrandt-Preises für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut. Wir von der Stiftung, d. h. die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstand sind einfach richtig stolz, dass wir den Regine-Hildebrandt-Preis nun schon zum zweiten Mal verleihen können. Und nur ganz kurz zur Erinnerung: Regine Hildebrandt war 1997 unsere erste Preisträgerin. Danach war sie unsere Schirmherrin und hat danach bei einer Preisverleihung auch eine Festrede gehalten. Sie ist uns, die dabei waren, noch sehr gut in Erinnerung, z. B. wenn sie in ihrer unnachahmlichen schnörkellosen Art, nachdem sie ein Thema mal wieder so richtig auf den Punkt gebracht hatte, meistens ironisch hinzufügte: "Ich sage Euch, da kommt Freude auf." Im vorigen Jahr, daran können wir uns noch gut erinnern, hat hier Jörg Hildebrandt einfühlsame Grußworte gesprochen. In diesem Jahr macht das seine Tochter. Die wollte ich jetzt ganz herzlich begrüßen, aber, wenn ich das mal so sagen darf, die Bahn AG lässt grüßen. Zugverspätung - Anschlusszug nicht gekriegt. Sie kommt nachher also.

Begrüßen möchte ich unseren Bürgermeister Herrn Helling. Bisher haben wir alle Preisverleihungen, ich hätte bald gesagt, in diesem hohen Hause durchführen dürfen und natürlich hoffen wir, dass es im nächsten Jahr auch noch so sein wird. Herzlich willkommen.

Den Festvortrag wird gleich der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes hier in Nordrhein-Westfalen halten. Lieber Walter Haas, Du ahnst nicht, wie wir von der Stiftung uns gefreut haben, als Du sofort bereit warst, den Festvortrag zu halten. Herzlichen Dank und herzlich willkommen. Und nun zu unserer Preisträgerin und unserem Preisträger. Warum Frau Biehn und Herr Wörmann heute ausgezeichnet werden, ist in unserer Einladung ganz kurz angedeutet worden. Eine ausführliche Würdigung wird nachher vor allem Herr Haas vornehmen und ich bin sicher, wir werden dann sehen, dass manchmal Preisträger aufgrund ihrer großen Verdienste und ihres Ansehens: Auch diejenigen würden die Preise verleihen. Frau Biehn, Herr Wörmann, wir fühlen uns geehrt, herzlich willkommen. An dieser Stelle möchten wir uns ausdrücklich bei den vielen rd. 150 Initiativen bedanken, die sich auch beworben haben und eine sehr bewundernswerte Arbeit leisten. Ab liebsten hätten wir natürlich allen einen Preis gegeben, andererseits sind wir froh - da sitzt er - dass der Franz Schaible mit seinen Unternehmen soviel erwirtschaftet, dass wir diese Veranstaltung Jahr für Jahr so durchführen können.

(Applaus)

Das war etwas zu früh. Ich wollte nämlich noch hinzufügen: Genauer gesagt, ohne sein unermüdliches aber erfolgreiches Wirken könnte das hier alles nicht stattfinden. Franz Schaible, herzlichen Dank und weiter so.

Herr Helling, jetzt sind Sie dran mit Ihrem Grußwort.

Bürgermeister Detlef Helling:

Sehr geehrter Herr Professor Krahn, Frau Hildebrandt hätte ich auch gern begrüßt, aber vielleicht fährt Herr Mehdorn diesen schäbigen Bahnhof, den wir in Bielefeld haben, nicht mehr an. Er hätte ihn vor etlichen Jahren schon sanieren müssen. Er ist auch angefangen, leider ist er dann aufgehört, weil die Firma Konkurs gegangen ist. Wir hoffen ja immer noch allesamt, dass es nun doch passiert. Vielleicht hilft ja dieser Tag auch etwas, daran mitzuarbeiten. Wir haben ja morgen unseren Kanzler auch hier, insofern, vielleicht unterschreibt er auch, vielleicht hilft das auch. Wir üben, wir Bielefelder.

Seien Sie uns alle herzlich willkommen. Vor allen Dingen Frau Biehn, Herr Wörmann, Herr Haas, meine Damen und Herren, alle die Sie gekommen sind. Ich freue mich, Sie als Bürgermeister der Stadt Bielefeld hier im Rathaus zur Verleihung des Regine-Hildebrandt-Preises für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut 2003 begrüßen zu können. Ich heiße Sie damit zu einer Feierstunde willkommen, die bereits seit einigen Jahren, Sie haben es eben schon gehört, genauer gesagt seit 1997 ihren festen Platz im Bielefelder Veranstaltungskalender hat. Dabei wurden fünf Mal die Auszeichnungen als "Förderpreis der Solidarität" vergeben. Seit dem vergangenen Jahr - und deshalb auch heute - in Erinnerung an die erste Preisträgerin "Regine-Hildebrandt-Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut".

Gleich geblieben ist dabei immer, dass der Preis Personen, Vereinen, Verbänden und Initiativen für ihre herausragende und beispielhafte Arbeit und für ihr Engagement im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut verliehen wird. Und längst hat er durch die verleihende Stiftung auch, ein wenig verbunden mit dem Namen Bielefeld, in ganz Deutschland seinen besonderen guten Ruf. Er ist inzwischen begeht bei vielen, die sich im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut immer wieder Neues einfallen lassen, die Ärmel aufkrepeln, um mit ganzer Kraft interessante Ideen umzusetzen, um von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen neue Hoffnung auf Wiedereingliederung ins Berufsleben zu geben.

Vor diesem Hintergrund war und ist der Regine-Hildebrandt-Preis etwas Besonderes. Er lenkt den Blick auf wichtige Arbeit, die sonst ja eher im Verborgenen geschieht und geleistet wird, höchstens vielleicht noch regional bekannt ist. Er zeigt aber auch, und ich denke, das ist das Entscheidende, dass sich Kreativität im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut lohnt. Dabei ist es sein Ziel nicht nur, die Macher zu belohnen, sondern auch ihre Arbeit, ihren Ansatz beispielhaft in der ganzen Bundesrepublik als nachahmenswert bekannt zu machen. Ich hoffe, dass das auch auf die diesjährigen Preisträger zutreffen wird.

Zum einen die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen und hier die Vorsitzende Erika Biehn und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die mit ausdauernder Beharrlichkeit immer wieder unter Beweis stellen konnten, wie an den Rand unserer Gesellschaft gedrängte und zunehmend Diffamierung ausgesetzte Menschen ihre Isolation durchbrechen und gemeinsam mit anderen Betroffenen Selbsthilfe organisieren bzw. sich selbst helfen und

selbst aktiv werden können. Dabei ist vor allem die im Verein langfristig angelegte Vernetzung von Initiativen und Beratungsstellen, die Beteiligungschancen für sozial ausgegrenzte Menschen verbessert und gesellschaftliche Einflüsse doch hier geöffnet und ihnen auch Chancen und Perspektiven gezeigt hat. Zum anderen aber auch Herr Eduard Wörmann, der beispielhafte Initiativen und Projekte für Arbeitslose auf den Weg brachte und gefördert hat. Sowohl als Pastor als auch als Leiter des Sozialamtes der evangelischen Landeskirche von Westfalen und Vorsitzender des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt hat er seinen besonderen Anteil daran, dass die evangelische Kirche frühzeitig damit begonnen hat, nicht nur über sondern mit Arbeitslosen zu reden. Dabei war er immer, wie es so schön heißt, vor Ort, hatte stets Kontakte zu lokalen Projekten und ein nie abbreißendes Gespräch mit unmittelbar Betroffenen. Und gerade auch die verantwortliche Beteiligung von Arbeitslosen in den Schlüsselbegriffen bei dem Mitwirken in dem Bereich, wie ich es mal nennen möchte, was das Eintreten im positiven Sinne, das Streiten um die Verbesserungen der Lebensbedingungen arbeitsloser Menschen angeht, hat er enorme Verdienste.

Meine Damen und Herren, ich bin in einer Zeit, in der gesamtgesellschaftliches Handeln in Anbetracht der Arbeitsmarktsituation unverzichtbar ist, sehr dankbar dafür, dass es Gruppen und Menschen gibt, die sich außerhalb der etablierten Wege Gedanken über die Zukunft der von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen machen. Ich bin ebenso dankbar dafür, dass wir in unserer Stadt eine Stiftung haben, die mit ihrer Preisverleihung jetzt schon seit Jahren dazu beiträgt, dass diese neuen, etwas anderen Wege mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten und gerückt werden. Denn angesichts leerer Kassen der öffentlichen Haushalte und angesichts der bekannten Problemlagen sind wir auf Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement angewiesen und brauchen dieses Engagement nötiger denn je. Sowohl auf Seiten der Preisträger als auch auf Seiten derer, Herr Schaible, die diese Preisverleihung erst möglich machen. Daher freue ich mich, dass wir während der Verleihung des Regine-Hildebrandt-Preises die Gelegenheit haben, im Sinne der Bielefelder Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut auch in diesem Jahr wieder würdige Preisträger zu beglückwünschen. Ich möchte das tun für die Stadt Bielefeld hier ganz herzlich und bedanke mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Applaus)

Festrede:

Walter Haas, DGB-Vorsitzender NRW

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Herr Professor Krahn,  
sehr geehrter Herr Schaible,  
vor allen Dingen liebe Preisträgerin Frau Erika Biehn,  
lieber Preisträger Pastor Eduard Wörmann,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist für mich eine große Freude, eine große Ehre, anlässlich der diesjährigen Preisverleihung des "Regine-Hildebrandt-Preises für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut 2003" unter dem Jahresmotto "Betroffene beteiligen" die Festrede zu halten und die Preisträger auszeichnen zu dürfen.

Das Diktum "Festrede" müssen Sie dann beurteilen, wenn ich zum Ende gekommen bin, ob es einem solchen Anspruch genügt. Ich denke, wenn man vor allen Dingen im Sinne der Preisstifter und der Inhalte, die heute aktuell zu behandeln sind, so gibt es eigentlich wenig

zur Freude Anlass Gebendes. Aber es gibt sicherlich nachhaltig die Freude, dass wir hier würdige Preisträger dann auch auszeichnen.

In der derzeitigen politischen Diskussion, wie unsere Gesellschaft zukunftsfest bleibt, stellen sich viele die Frage, haben wir Politiker und Politikerinnen, die Visionen haben und Charisma besitzen?

An den Politikerinnen und Politikern in Deutschland fällt auf, dass sie seltsam farblos und austauschbar erscheinen. Identifikationsfiguren, Vorbilder gibt es kaum noch unter ihnen. Daher möchte ich gerne an Regine Hildebrandt, die vor fast 23 Monaten - am 26. 11. 2001 - verstarb, erinnern.

Regine Hildebrandt war eine Frau, die sich aus dieser Masse wohltuend hervorhob, die schnörkellos redete, sich bis zum letzten für ihre Ziele einsetzte und konsequent ihre Anschauungen vertrat, ohne sich nach dem Wind zu drehen. Dafür wurde sie besonders in den neuen Bundesländern hoch geschätzt und verehrt. Kosenamen wie "Mutter Courage des Ostens" und "Stimme des Ostens" sind ein Zeugnis dafür. Ihr unangepasstes Auftreten wurde häufig zur Zielscheibe ihrer politischen Gegner, vor allem da, wo ihr sachlich nicht beizukommen war.

Solche Persönlichkeiten bräuchten wir mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

oft schauen wir mit Schrecken nach Berlin.

Die Politik der Bundesregierung und der Opposition treibt einen um, sie macht sprachlos. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass eine Regierung unter sozialdemokratischer Führung massiven Sozialabbau betreibt.

Wo bleiben die Anker unserer parlamentarischen Demokratie,  
wo bleibt die politische Kultur?  
wo bleibt die Problem- und Sachorientierung?

Die mehrmaligen Rücktrittsdrohungen des Kanzlers und das massive Unter-Druck-setzen der 6 "Abweichler" zeugen nicht von einem ausgeprägten demokratischen Grundverständnis.

Wir brauchen andere Antworten und Lösungen für die anstehenden Probleme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Massenarbeitslosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze, die Krise unserer sozialen Sicherungssysteme gefährden unsere gesellschaftlichen Strukturen.

Die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze, die Gesundheitsreform, die Rentendebatte und Teile des "Düsseldorfer Signals" in NRW werden in der öffentlichen Diskussion als "Reformen" tituliert.

Gleiches gilt für die Ergebnisse der Rürup- und Herzog-Kommission.

In Wahrheit bedeuten sie oft sozialen Kahlschlag:

Die Umverteilung der Lasten von oben nach unten, Leistungskürzungen und die Privatisierung von Lebensrisiken.

Was wir derzeit erleben, ist der Beginn der Demontage unserer sozialen Sicherungssysteme.

Beispiel ist die Gesundheitsreform: Vieles was Ulla Schmidt an guten Ansätzen hatte, wurde durch den Kanzler und sein "Basta" über Bord geworfen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit der beschlossenen Gesundheitsreform werden einseitig Versicherte und Patienten belastet.

Leistungsanbieter und die Pharmaindustrie bleiben weitgehend unangetastet. Dringend notwendige Strukturreformen lassen weiter auf sich warten bzw. wurden nur halbherzig und unzureichend angegangen.

Profiteure sind einzig die Arbeitgeber, die sich beim Zahnersatz sowie beim Krankengeld aus der paritätischen Finanzierung verabschieden dürfen. Ob es tatsächlich zu einer angestrebten spürbaren Entlastung der Beiträge kommt, ist indes äußerst fraglich.

Fest steht alleine, die Belastungen für Arbeitnehmer und Rentner steigen weiter. Was in der Krankenversicherung begonnen hat, setzt sich in der Rentenversicherung fort. Die Erhöhung der Renten soll auf Ende nächsten Jahres verschoben werden. Zusätzlich sollen die Rentner nunmehr auch den vollen Beitrag an die Pflegeversicherung abführen, nachdem ihnen bei Verabschiedung der Gesundheitsreform gerade erst zugemutet wurde, auf Betriebsrenten den vollen Beitrag an die gesetzliche Krankenversicherung zu entrichten. Damit nicht genug! Mit der Wiedereinführung eines demographischen Faktors in der Rentenformel sollen ab 2005 zukünftige Rentenanpassungen nochmals in der Höhe begrenzt werden.

Während Rentnerinnen und Rentner de facto Kürzungen hinnehmen müssen soll die schulische und universitäre Ausbildung zukünftig nicht mehr auf die Rente angerechnet werden. Hingegen werden den großen Versicherungskonzernen milliardenschwere Steuergeschenke zugestanden, indem sie jetzt Verluste steuerlich geltend machen dürfen!

Die Arbeitgeber bleiben unangetastet, während sich die Rentnerinnen und Rentner auf Rentenkürzungen einstellen müssen. Auch wenn die 2-Mrd.-Kürzung des Bundeszuschusses, die den Rentenkassen eine zusätzliche Finanzierungslücke beschert hätte, in letzter Minute abgewendet werden konnte, bleibt festzuhalten:

Die Ergebnisse der rot-grünen Rentenklauseur vom Wochenende sind sozialpolitisch verfehlt und ungerecht.

Sie belasten einseitig die Rentnerinnen und Rentner und untergraben das Vertrauen in die gesetzliche Alterssicherung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute wird überall die Generationengerechtigkeit beschworen. Gerechtigkeit muss aber nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch innerhalb der jeweiligen Generation walten. Es hätte der Politik gut angestanden, wenn zur Lösung der aktuellen Finanzierungskrise alle einen Beitrag geleistet hätten: Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Rentner. Ich bin mir sicher,

dass es möglich gewesen wäre, hierfür Zuspruch in weiten Teilen der Bevölkerung zu erhalten. Leider wurde diese Chance abermals vergeben.

Statt die Beitragssatzstabilität zum Dogma zu erheben, muss die Rentenversicherung endlich auf stabile Füße gestellt werden. Dazu gehört der Erhalt der paritätischen Finanzierung und die Erhöhung der Beschäftigungsquote, insbesondere von Frauen und Älteren. Priorität muss die tatsächliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit haben, die bei dem aktuellen Renteneintrittsalter von 60,4 Jahren noch weit entfernt ist vom gesetzlichen Renteneintrittsalter mit 65 Jahren. Die Debatte um eine Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Wie sollen wir bis 67 Jahre arbeiten können, wenn keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, wenn die gesundheitlichen Voraussetzungen hierzu überhaupt gegeben sind?

Fakt ist, dass bereits heute schon jeder zweite Betrieb keine Leute über 50 Jahre beschäftigt. Fakt ist auch, dass viele bereits vorzeitig in den Ruhestand gehen müssen, weil sie sich gesundheitlich nicht mehr in der Lage sehen, ihren Beruf weiter auszuüben. Wer hiervor die Augen verschließt und trotzdem die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters fordert, setzt sich dem Vorwurf aus, weitere Rentenabschläge billigend in Kauf zu nehmen.

Keiner kann über die demographische Entwicklung hinweg gehen. Allerdings gilt sowohl für die Kranken- als auch für die Rentenversicherung:

Uns laufen weniger die Kosten davon, vielmehr brechen die Einnahmen weg! Deshalb müssen wir die Finanzierung der sozialen Sicherung auf neue Füße stellen.

Erstens, durch die Einbeziehung derjenigen, die heute noch außerhalb der sozialen Sicherungssystemen stehen: Beamte, Selbstständige und Politiker.

Zweitens durch die Verbreiterung der Beitragsbemessungsgrundlagen. Wenn Löhne und Gehälter einen immer geringeren Teil des Volkseinkommens ausmachen, muss überprüft werden, ob und wie andere Einkommensarten wie z.B. Zinsen, Mieteinnahmen oder Vermögen mit zur Finanzierung herangezogen werden können. Auch hier müssen ggf. sozial ausgewogene Lösungen z.B. in Form von Freibeträgen diskutiert werden.

Die Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen und die Stärkung des Solidarprinzips stehen bei uns oben an. Und deshalb sprechen wir uns für eine Bürgerversicherung und gegen Kopfprämien aus, wie sie sowohl Rürup als auch Herzog für die Krankenversicherung fordern. Es ist bezeichnend, dass sich dieser Tage in Reihen der CDU der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm - aber auch sein ehemaliger Ministerkollege Seehofer von der CSU - in den eigenen Reihen als vehementer Kritiker der Kopfpauschalen hervortut. Doch machen wir uns nichts vor. Auch in der Regierungskoalition finden sich viele Befürworter, die diesem Modell der Entkopplung von den Lohnkosten Vorrang einräumen.

Die in allen Parteien vorfindbaren Befürworter von Kopfpauschalen nehmen billigend eine Schwächung des Solidarprinzips und Umverteilungseffekte zugunsten Besserverdienender in Kauf.

Ihre These lautet: Mehr Beschäftigung ist nur durch den Abbau sozialer Besitzstände erreichbar.

Dem müssen wir entgegentreten! Diese Gleichung stimmt nicht.

Mehr Wirtschaftlichkeit und Effizienz lassen sich sehr wohl erreichen ohne die Solidarität preiszugeben und Leistungen abzubauen. Wir müssen nur den Mut aufbringen die Strukturen aufzubrechen. Deswegen gilt gerade nach Verabschiedung der Gesundheitsreform:

Nach der Reform ist vor der Reform!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein kompromissloser Sparkurs der öffentlichen Hände verstärkt die strukturelle und konjunkturelle Krise. Um Wachstum und Beschäftigung durch öffentliche, gewerbliche und private Investitionen zu stärken, um den Konsum anzuregen, muss der Staat stärker in die Offensive gehen.

Wer Arbeitsplätze schaffen will, und das ist und bleibt unser wichtigstes Ziel, der muss Geld in die Hand nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Agenda 2010 und den derzeit diskutierten Reformgesetzen fehlt es an politischer Differenzierung.

Alle vorliegenden "Reform"-Vorschläge - ob von der Bundesregierung oder der Opposition - haben leider eins gemeinsam:

Sie schaffen keine neuen Arbeitsplätze,  
sie begünstigen Armutsentwicklung - besonders im Alter,  
sie produzieren Angst,  
sie schaffen Verunsicherung.

Zur Reform der sozialen Sicherungssysteme brauchen wir neue Konzepte der Finanzierung, vor allem aber qualitative Verbesserungen, die zu höherer Effektivität führen.

Im Sinne der Bergpredigt müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Eine einseitige Verteilung zu Lasten derjenigen, die bereits wenig haben, kann nicht gerecht sein. Und macht keinen Sinn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir wollen eine sozialorientierte Reformpolitik.

Wir wollen Reformen, die mehr Beschäftigung schaffen und die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest gestalten

Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Armut treffen heute immer mehr Menschen. Sie dürfen nicht allein gelassen werden.

Ein Anwachsen von Zukunftsängsten, soziale Perspektivlosigkeit und Verzweiflung gefährden den sozialen Frieden und damit unsere Demokratie.

Fest steht:  
Weniger Sozialstaat schafft nicht mehr Beschäftigung!  
Sozialstaat ist möglich!

Wir haben keinen Mangel an Ressourcen in Deutschland, sie sind nur falsch verteilt und oft nicht effektiv eingesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die katastrophale Situation des Arbeitsmarktes und der Ausbildungsplätze stellt für die Politik die zentralste Herausforderung dar.

Es ist ein Skandal, dass die Arbeitgeber ihre gemachten Versprechungen nicht einhalten.

Die Menschen erwarten zu Recht Antworten auf die Frage, wie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von Ausbildungsplätzen nachhaltig wirkende Erfolge erzielt werden können.

Die Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zur Reform des Arbeitsmarktes führen nach unserer Ansicht zu sozialen Verwerfungen und sind mit negativen Folgen für das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen der Erwerbslosen und Erwerbstätigen verbunden.

Der DGB NRW warnt vor der Ausgrenzung von Langzeitarbeitslosen.

Der Ausstieg aus der Landesförderung aus der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose und die gleichzeitige Konzentration der Arbeitsverwaltung auf schnell Vermittelbare beinhaltet die Gefahr, dass Langzeitarbeitslose zu neuen Ausgegrenzten werden.

Es hilft nicht allein den Druck auf junge Menschen und Arbeitslose zu erhöhen und ihnen Leistungen zu streichen.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen und freien Stellen muss erweitert und die Vermittlung darauf verbessert werden.

Nur das hilft denjenigen weiter, die Arbeit suchen.  
Nur das hat Aussicht auf Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit.

In der Ausbildungsfinanzierungsfrage muss die Bundesregierung jetzt handeln.  
Investitionen in unsere Jugend sind Investitionen in die Zukunft.

Wir brauchen ein gesetzliches Verfahren, das ausbildende Betriebe entlastet und die Trittbrettfahrer in der Wirtschaft an den Ausbildungskosten beteiligt. Vorrang sollen dabei tarifliche- und Branchenvereinbarungen haben.

Befürchtungen, das Umlageverfahren werde zu einer Verstaatlichung der Berufsausbildung führen, sind absurd.

Das Modell des DGB wirkt gerade der schleichenden öffentlichen Finanzierung der Berufsausbildung entgegen, in dem es Betriebe in die Pflicht nimmt, wird das System der dualen beruflichen Ausbildung stabilisiert.



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der DGB tritt für eine Offensive in der Beschäftigungspolitik ein - hier trägt die Wirtschaft unseres Landes die besondere Verantwortung. Wo sind die von den Arbeitgeberverbänden genannten freien Stellen? Deklariert wurde genug. Wir brauchen belastbare Fakten.

In den Zeiten einer konjunkturellen und strukturellen Wirtschaftskrise sind die nordrhein-westfälischen Regionen mehr denn je auf das Instrumentarium der arbeitsorientierten Modernisierung angewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die haushaltspolitischen Realitäten nehmen wir sehr wohl zur Kenntnis. Auch wir sehen den Handlungsdruck!

Wir wehren uns nicht gegen notwendige Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung.

Wir wehren uns dagegen, dass diese einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Wir haben aber die Sorge, dass ganze soziale, wirtschafts- und arbeitsmarkt-politische Strukturen wegbrechen.

Wir wollen kein Kaputtsparen der Republik. Wir brauchen ein Investitionsprogramm, das wirkliche Anreize für private, gewerbliche und öffentliche Investitionen schafft.

Wir fordern eine gerechte Steuerpolitik, wir fordern ausreichende Einnahmen für einen starken, aktivierenden Staat.

Haushaltskonsolidierung ist nicht nur über die Ausgabenseite leistbar.

Es gibt Möglichkeiten, die Einnahmen zu verbessern:

die Fehler bei der Körperschaftssteuerreform müssen beseitigt werden,

die höhere Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen mit einem Freibetrag von 1 Million Euro,

Börsenumsatzsteuer soll wiedereingeführt werden,

die stärkere Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität,

die Wiedereinführung einer reformierten Vermögenssteuer und eine stabile Besteuerung von Unternehmen zur Stärkung der Staatsfinanzen für unabdingbar notwendig,

die geplante Erweiterung der Gewerbesteuer auf Freiberufler.

Hier sind Gesetzesinitiativen auf Bundesebene nötig.

Die wirtschaftlich Stärkeren in unserer Gesellschaft, insbesondere die Vermögenden und die großen Kapitalgesellschaften, müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit angemessen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens herangezogen werden.

Ist es nicht fragwürdig und skandalös, dass dem Fiskus dieses Jahr fast 18 Mrd. Euro allein durch Umsatzsteuerhinterziehung der Unternehmen verloren gehen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir treten auch weiterhin für die bessere Verteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzungen, Teilzeitangeboten, Überstundenabbau, Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

Wer spricht heute eigentlich noch davon?

Wir fordern  
eine vermittlungsorientierte aktivierende Arbeitsmarktpolitik.  
eine bessere Bildung für alle.  
soziale Sicherheit.

Soziale Unsicherheit schafft Nährboden für Kräfte, die unser demokratisches Gemeinwesen fundamental gefährden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die einseitigen Belastungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind ungerecht und unsozial. Sie stehen in engem Kontext zu dem bereits stattfindenden Sozialabbau.

Mit Tausenden von Stellenstreichungen, mit weiterem Abbau von Arbeitsplätzen und mit der Verlängerung der Arbeitszeit auf 41 Wochenstunden werden arbeitsmarktpolitisch die falschen Signale gesetzt werden.

Unsere Sorge ist, dass die Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeiten und Leistungskürzungen auch auf den Tarifbereich und die private Wirtschaft übertragen werden sollen.

Wir setzen uns - wenn wir sie schon nicht verhindern konnten - bei der Kürzung des Weihnachtsgeldes und der Verlängerung der Lebensarbeitszeit für soziale Komponenten ein und finden dabei auch Unterstützung bei denen, die im Landtag mit Mandat ausgestattet sind und da einige davon auch hier anwesend sind, darf ich mich dafür auch recht herzlich bedanken.

Auch die Bürger und Bürgerinnen werden von den personellen Einsparungen z. B. im Bildungsbereich, Gesundheitswesen und der inneren Sicherheit betroffen sein.

Die Landespolitik muss endlich die Signale richtig setzen!  
Es reicht nicht, diejenigen einseitig zu belasten,  
die unsere Kinder erziehen und unterrichten,  
die uns schützen und Kriminalität bekämpfen,  
die im Justizvollzug und Gesundheitswesen schwere Dienste leisten,  
die Brände löschen und andere Katastrophen bekämpfen,  
die hochqualifizierte Behördendienstleistungen erbringen müssen.,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein besonderes Anliegen der Gewerkschaften ist der Erhalt der Tarifautonomie. Sie hat uns in Deutschland über Jahrzehnte den sozialen Frieden gesichert.

Unsere Betriebsräte und Gewerkschaften treffen seit Jahr und Tag in den Betrieben Regelungen zum Wohle der Beschäftigten und der Unternehmen.

Wer sich für Eingriffe in die Tarifautonomie ausspricht, ist ein Gegner der Gewerkschaften. Der DGB wird sich mit aller Kraft gegen Eingriffe wehren.

Zur Zeit besteht die Gefahr, dass die Bereitschaft der Bundesregierung wächst, Grundpfeiler der Tarifautonomie zu opfern, um so die Zustimmung der Opposition zur Durchsetzung der anstehenden Gesetzespakete, die den Bundesrat passieren müssen zu sichern.

Wir erwarten, wird fordern ausdrücklich von der Landesregierung NRW, sich im Bundesrat für den Erhalt der Tarifautonomie einzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Gewerkschaften werden seit dem letzten Herbst als Sündenbock für die Reformunfähigkeit der vergangenen Jahre diffamiert.

Ich habe den Eindruck, dass die schwere Wirtschafts- und Beschäftigungskrise in unserem Land dazu genutzt werden soll, massiven Sozialabbau zu betreiben und diejenigen, die sich für Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmer einsetzen, kalt zu stellen.

Selbstkritisch müssen wir feststellen:

Auch die Gewerkschaften haben in den vergangenen Monaten Fehler gemacht.

Die Absage des Gespräches mit dem Kanzler im Mai, das Scheitern des Streiks in Ostdeutschland und die darauffolgende Zerreißprobe durch die Personaldebatte der IG Metall sowie unterschiedliche öffentlichen Äußerungen der Vorsitzenden tragen nicht zum Image- und Mitgliedererfolg bei.

Aber: Allgemeine Vorwürfe, wir seien "engstirnige Betonköpfe" und wollen nichts verändern, lasse ich nicht gelten. Sie stimmen einfach nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir können die Menschen nur mitnehmen, wenn wir ihnen Chancen und Sicherheit anbieten können. Und wenn wir für ein Gleichgewicht von Geben und Nehmen sorgen.

Es geht nicht um die Frage, ob den Arbeitgebern oder den Gewerkschaften mehr abverlangt wird. Vielmehr geht es um die Menschen, denen neue Belastungen und damit das soziale Abseits drohen.

Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion um die Zukunft eines solidarischen Sozialstaates. Dabei muss der Wert sozialer Sicherheit für die Arbeitnehmer, aber auch die positive Funktion des Sozialstaates für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Wandel hervorgehoben werden.

Wir brauchen eine konzertierte Aktion über alle Parteien und gesellschaftliche Gruppen hinweg, die hilft unser Grundübel Massenarbeitslosigkeit und deren Folgen zu beseitigen.

Wir sagen Ja zu Reformen, die die Probleme nachhaltig lösen und unser Land zukunftsfähig gestalten.

Wir müssen uns an der Sache orientieren.

Wir müssen Prioritäten setzen und Rahmenbedingungen schaffen.  
Wir müssen gestaltungsfähig bleiben.  
Wir müssen im Dialog bleiben.  
Wir müssen gemeinsam handeln.  
Wir wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder gewinnen und den Rückgang der Wahlbeteiligung auffangen,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
besinnen wir uns auf unsere eigene Kraft!

Wir brauchen Menschen, die sich für andere in schwierigen Lebenslagen einsetzen, die sich mit ihrer Persönlichkeit engagieren, die die Folgen der Arbeitslosigkeit für den Einzelnen, seine Familie und die Gesellschaft im Blick haben. Wir brauchen Menschen, die sich gegen Arbeitslosigkeit wehren und für Arbeit kämpfen.

Daher freue ich mich besonders heute die Laudatio auf die Preisträgerin Erika Biehn und Pastor Eduard Wörmann zu halten, weil für sie Solidarität auf der Werteskala ganz oben steht.

Die Regie hat mir aufgegeben, dass ich jetzt zu den Preisträgern einige spezielle Worte zum Ausdruck bringe und nachdem ich dann hier an diesem Pult fertig bin, wird die Preisverleihung dann stattfinden. Ich darf Sie dann bitten, sich mit dieser Regie auch einverstanden zu erklären und ich möchte beginnen:

#### Laudatio auf Erika Biehn:

Sehr verehrte Frau Biehn,

mit dem Regine-Hildebrandt-Preis 2003 zeichnet die Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut die `Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V.` (BAG-SHI) vertreten durch Sie aus.

Dieses bundesweite Kooperationsprojekt für Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen sowie engagierte Menschen aus dem Kreis der Betroffenen ist aus dem Zusammenschluss von Sozialhilfeinitiativen im Bundesgebiet mit Beginn der siebziger Jahre entstanden. Seit Gründung des gemeinnützigen Vereins im Jahre 1991 engagieren Sie sich, sehr geehrte Frau Biehn, ehrenamtlich als erste Vorsitzende des Vereins.

Das Frankfurter Koordinations- und Beratungsbüro des Vereins initiiert die Gründung von Selbsthilfegruppen von und für Sozialhilfebezieher. Bundestreffen, Fachkonferenzen und Fortbildungsangebote treiben den nationalen und europäischen Informationsaustausch voran.

Publikationen und Rundbriefe über neue Rechtsprechung, Verwaltungsvorschriften, Tendenzen und Stellungnahmen im Bereich der Sozialhilfe unterstützen die Beratungstätigkeit von Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen. Mit diesen Angeboten hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen die soziale und fachliche Kompetenz der Betroffenen gefördert und die Arbeit der örtlichen Anlaufstellen und Projekte professionalisiert.

Neben der Beratung und Interessenvertretung von Sozialhilfeberechtigten entwickelte der Verein Aktivitäten mit Alleinerziehenden, Frauen, MigrantInnen und leistet Schuldner- und Mieterberatung.

Seine langfristig angelegte Vernetzung von Initiativen und Beratungsstellen hat die Beteiligungschancen für sozial isolierte und ausgegrenzte Menschen verbessert und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten eröffnet. So sind die Sozialhilfeinitiativen in Organisationen und Gremien wie der Nationalen Armutskonferenz, dem Beraterkreis Nationaler Armuts- und Reichtumsbericht, dem Arbeitskreis Armut im Alter vertreten oder sie konnten gemeinsame Projekte mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften organisieren.

Unermüdlich hat sich der Verein mit Stellungnahmen, Aufrufen, eigenen Reformvorschlägen, Veröffentlichung von sozialen Mindeststandards gegen den stetigen Abbau sozialstaatlicher Leistungen zu Wort gemeldet. Mit seiner Kampagne "Zur Verbesserung der Situation sozialhilfebeziehender Kinder" konnte er einen Teilerfolg bei der Nichtanrechnung von Kindergelderhöhungen auf die Sozialhilfe erzielen.

Gegen viele gesellschaftliche Widerstände haben Erika Biehn und ihre Mitstreiter mit bewundernswerter Ausdauer und Beharrlichkeit immer wieder den lebendigen Beweis für praktische Solidarität angetreten: An den gesellschaftlichen Rand gedrängte, zunehmender Diffamierung ausgesetzte Menschen können ihre Isolierung durchbrechen und gemeinsam mit anderen Betroffenen Selbsthilfe organisieren und aktiv werden.

Angesichts der aktuell geplanten tiefen Einschnitte in das soziale Sicherungssystem bleibt und ist die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen ein unverzichtbares Sprachrohr der Bevölkerungsgruppe, die von Armut und Ausgrenzung bedroht und betroffen ist. Ich darf dann gleich, wenn ich meine Worte für Herrn Wörmann dem Auditorium dann dargetan habe, darum bitten, dass wir die Preisverleihung dann gemeinsam vollziehen. Schon jetzt wünsche ich Ihnen viel Glück, Ausdauer und Mut für die Zukunft.

#### Laudatio auf Pastor Eduard Wörmann

Sehr geehrter Herr Pastor Wörmann, lieber Eduard,

Der gebürtige Bielefelder Eduard Wörmann ist als unbequemer Mahner gegenüber Politik, Kirche und Gesellschaft schon vielfach ausgezeichnet worden. Bereits 1983 erhielt Eduard Wörmann die höchste Auszeichnung, die der Deutsche Gewerkschaftsbund zu vergeben hat, die Hans-Böckler-Medaille.

Mit dem Regine-Hildebrandt-Preis 2003 würdigt die Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut sein Engagement und seine Parteinahme für Arbeitslose.

Als Pastor und später Leiter des traditionsreichen Sozialamts der Evangelischen Landeskirche von Westfalen und Vorsitzender des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt hat er bis zu seiner Pensionierung 1995 wesentlichen Anteil daran, dass die evangelische Kirche wie keine andere Großorganisation frühzeitig damit begonnen hat, nicht nur über Arbeitslose zu reden, sondern mit Arbeitslosen zu arbeiten.

Was Mitte der siebziger Jahre mit direkten Hilfestellungen wie Seminaren oder Gesprächswochen für von Arbeitslosigkeit betroffene und bedrohte Menschen begann, entwickelte sich bald zum Kristallisationskern einer wahren Gründerwelle für evangelische Arbeitslosenprojekte.

Flächendeckend entstanden in Nordrhein-Westfalen bereits 1985 über hundert Arbeitslosentreffs und Arbeitslosenzentren, die bis heute von einem Koordinationszentrum vernetzt und begleitet werden. Modellhaft sind seine Initiativen Kirche, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen in die Verantwortung zu nehmen, um die Trägerschaft von Arbeitslosenprojekten auf ein breiteres Fundament zu stellen.

1986 präzisierte er kirchlicherseits erstmalig die Idee in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gezielte Hilfen für Langzeitarbeitslose zu entwickeln und umzusetzen. Die finanzielle Förderung von Beschäftigungsinitiativen und Arbeitslosenzentren aus Kirchen- und Landesmitteln war weit über die Landesgrenzen hinaus beispielgebend für die Absicherung und zukunftsweisend für die Professionalisierung der Arbeitslosenarbeit in der Bundesrepublik.

Als ihn 1990 die Evangelische Kirche Deutschlands zum Beauftragten für Fragen der Arbeitslosigkeit berief, brachte Eduard Wörmann sein Know-how bei der Bewältigung des Strukturbruchs in den neuen Bundesländern ein. Auf unzähligen Konferenzen und Tagungen gelang es ihm, die wichtigen arbeitsmarktpolitischen Akteure zusammenzuführen. Seine persönliche Präsenz vor Ort war immer wieder Initialzündung für die systematische Planung, Gründung, Begleitung und Absicherung beispielgebender Erwerbsloseninitiativen.

Dabei blieb er seinem Arbeitsstil treu, im engen Kontakt zu den lokalen Projekten und im Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen ein genaues Bild von der Situation Arbeitsloser zu gewinnen. Das machte die große Glaubwürdigkeit seiner Diskussionsbeiträge in arbeitsmarktpolitischen Fragen aus und verliehen seiner Stimme Gewicht etwa bei der Mitwirkung am gemeinsamen Sozialwort der Kirchen oder bei Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes.

Mit seiner Grundüberzeugung, die unmittelbar Betroffenen einzubeziehen, sie in ihrer Situation als die eigentlichen Experten anzusehen, unterstützte er 1998 das Anliegen der Erwerbsloseninitiativen, Arbeitslose am Bündnis für Arbeit zu beteiligen.

Verantwortliche Beteiligung der Betroffenen ist der Schlüsselbegriff im Wirken Eduard Wörmanns. Darin liegt die besondere Qualität seiner Leidenschaft nicht nur für, sondern vor allem mit Arbeitslosen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einzutreten und zu streiten.

Ich persönlich habe Eduard Wörmann immer als sehr angenehmen Gesprächspartner und Vertreter der evangelischen Kirche in NRW erlebt.

In vielen Veranstaltungen - im Saal und im Freien - stand er uns streitbar zur Seite und er hat uns auch an der einen oder anderen Stelle manchen Schubs gegeben..

Mein Kollege Hanjo Lucassen in Sachsen, der heute leider verhindert ist, hat mich ausdrücklich gebeten, seinen Dank für deine Arbeit in Sachsen, lieber Eduard, an dich weiterzugeben. Nach der Wende hast du dich dort in einer Weise für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen eingesetzt, hast Fundamente gelegt, die bis heute tragen. Kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen setzen dein Engagement in Leipzig und im Erzgebirge, um nur einige zu nennen, fort.

Herzlichen Dank für dein Engagement im Sinne der Gerechtigkeit und Solidarität.

Ich freue mich sehr, dass ich nun den offiziellen Überreichungsakt einleiten kann und darf die Akteure dann bitten, zu den Präsenten zu kommen. Ich darf aber von hier aus schon den Preisträgern viel Glück Gesundheit und Erfolg bei ihrem sicherlich weiterwährendem sozialem Engagement wünschen.

Ganz herzlichen Dank für ihr Wirken.

Ich denke, Regine Hildebrandt würde an dieser Stelle den heutigen Preisträgern mit genauso guten Worten und voller Überzeugung recht herzlich danken und weiterhin viel Glück wünschen.

(Applaus)

Prof. Dr. Karl Krahn

Dank der Bahn AG dürfen wir noch mal improvisieren. Erst mal herzlichen Dank für Deine Ausführungen, Walter Haas. Vor allen Dingen für die Würdigung unserer Preisträgerin und unseres Preisträgers und zu Deinen eingangs geäußerten leichten Zweifeln, was die Bezeichnung "Festrede" betrifft: Wer sagt eigentlich, dass eine kritisch-konstruktive politische Rede nicht eine gute Festrede ist?

Inzwischen ist Frauke Hildebrandt eingetroffen. Herzlich willkommen. Wenn ich einmal anknüpfen darf, was Herr Bürgermeister Helling vorhin gesagt hat bezüglich unseres Bahnhofes hier, dann finden wir das sehr mutig, dass Sie hier überhaupt auf dieser Baustelle ausgestiegen sind.

So, Walter, mein Vorschlag wäre, dass Frau Hildebrandt jetzt ihre Grußworte spricht und dass wir danach die schon angekündigte Preisverleihung machen, auch, weil wir Frauke Hildebrandt für die Preisverleihung noch brauchen. Bitte, Sie haben das Wort.

Frauke Hildebrandt (die Tochter von Regine Hildebrandt)

Liebe Preisträgerin, lieber Preisträger, liebe Gäste, liebe Gastgeber. Ich weiß gar nicht, ob das, was ich sagen will, wirklich Grußworte sind. Ich hab mir einfach überlegt, was Sie hier in Bielefeld veranlasst haben könnte, diesen Solidaritätspreis nach meiner Mutter zu benennen. Eins ist mal klar, meine Mutter hielt es für das größte Übel, dass die Leute oft gar nicht dachten, dass sie etwas verändern könnten, dass sie etwas tun könnten und das verändern, was sie störte. Und deshalb war ihr Hauptmotto oder Grundprinzip ja wirklich, dass sie den Leuten immer wieder gesagt hat: "Tut etwas. Ihr müsst nur anfangen. Ihr könnt vielmehr ändern als Ihr denkt, wenn ihr es nur tut. Es ist euer eigenes einziges Leben, mehr habt ihr nicht, ihr habt nichts zu verlieren, Also fangt an!" Diese Botschaft war ihre, aber sie wusste gleichzeitig, dass es mit diesem Appell an den Kopf nicht getan war, sondern das Tatenlosigkeit so was wie wirklich und wahrhaftig ein Bann war, in den Leute fallen konnten, die zuwenig Selbstvertrauen hatten. Ihr Talent war es und ihre Gabe, den Menschen das Selbstvertrauen zu geben, was sie nicht hatten und da war sie groß drin und sie war deshalb darin groß, weil sie wirklich davon überzeugt war, dass die Leute nur was ändern könnten, wenn sie es wollten. Davon war sie überzeugt! Ich glaube, diese Überzeugung, die sie hatte, war ihre Solidarität. Jetzt ist meine Mutter tot und wir glauben alle in der Familie, dass das auch sehr stark mit der Intensität, in der sie ihre Überzeugung lebte, zusammenhängt, dass sie so früh gestorben ist und dass sie sich doch über alle Maßen verausgabt hat in dieser Weise. Das war für uns oft nicht leicht anzusehen und deshalb wünsche ich Ihnen eine ebenso starke innere

Überzeugungskraft, aber vielleicht ein gerüttelt Maß weniger Energie als meine Mutter aufgebracht hat, damit Sie uns noch lange erhalten bleiben und überhaupt solche, wie Sie. Danke.

(Applaus)

Prof. Dr. Karl Krahn:

Herzlichen Dank, Frau Hildebrandt. So, jetzt kommen wir zur Preisverleihung. Ich bitte Frau Biehn, Herrn Wörmann, Herrn Haas. Herr Helling ist da schon und Frau Hildebrandt, wie gesagt. Wir werden jetzt die Urkunden übergeben und dann die Plastik. Der Franz Schaible hat gesagt, soll ich nicht vergessen zu sagen: "Diese Plastik wird inzwischen nicht nur in der Bielefelder Presse als 'Oscar der Solidarität' bezeichnet." So.

(Preisverleihung durch Herrn Haas, Herrn Helling, Frau Hildebrandt)

Prof. Dr. Karl Krahn:

So, Sie haben jetzt das Wort, Frau Biehn, bitteschön.

Erika Biehn:

Schönen guten Tag meine Damen und Herren. Die Bundesarbeitsgemeinschaft, in deren Namen ich hier heute spreche, bedankt sich recht herzlich bei der Stiftung für den Preis. Der Verein selber, die Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen wurde 1991 gegründet. Allerdings - und das ist vorhin schon einmal gesagt worden - gab es bereits seit den siebziger Jahren eine bundesweite Zusammenarbeit von Sozialhilfeinitiativen. Dieses Geburtsjahr 1991 ist laut chinesischem Horoskop ein "Jahr der Ziege". Und dieses chinesische Horoskop wird als roter Faden durch meinen Beitrag durchlaufen. Nun wird der Ziege nachgesagt, dass sie dickköpfig und hartnäckig sei. Das kann ich an dem folgenden Beispiel nur unterstreichen.

Die Erreichung der Gemeinnützigkeit hat bei uns 10 Jahre gedauert. Unsere Besonderheit in der Satzung lag damals und liegt auch immer noch darin, dass sie sogenannte Betroffenengruppen vertreten, die kein eingetragener Verein sind, aber auch Vereine, welche eingetragen, gemeinnützig und manchmal unter dem Dach eines Wohlfahrtsverbandes beheimatet sind. Hinzu kommt eine große Zahl von natürlichen Personen. Das Finanzamt erklärte uns, dass wir unsere Satzung dahingehend ändern sollten, dass wir entweder ein Dachverband mit lauter gemeinnützigen Organisationen sein sollten oder als Verein, der natürliche Personen als Mitglieder hat und so eben auch arbeiten müsste. Letztendlich hat unsere Dickköpfigkeit und unsere Hartnäckigkeit sowie der immer neue Versuch, mit dem Finanzamt ins Gespräch zu kommen, die heutige Rechtsform als eingetragener und gemeinnütziger Verein ermöglicht.

Hier zeigt sich schon eine Gemeinsamkeit mit der Namensgeberin des Preises, denn auch Frau Hildebrandt war es immer wichtig, die betroffenen Menschen nicht in einen Rahmen zu pressen, sondern sie da abzuholen, wo sie gerade stehen. Ziegen fühlen sich im sowohl im Team als auch als Einzelkämpfer wohl. Im Team ist uns Vernetzung von Anfang an ein wichtiges Thema in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen gewesen und hat uns bis heute begleitet. Immer wieder haben wir mit anderen Gruppen Aktionsbündnisse gegründet wie z. B. im letzten Jahr das Anti-Hartz-Bündnis. Wir sind Teil von mehreren Zusammenschlüssen - auch das ist eben schon genannt worden - wie der nationalen Armutskonferenz oder dem runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen und



pflegen diese Bündnisse. Eines unserer z. Z. wichtigsten Themen, nämlich die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau hat uns in den letzten zwei Jahren deutlich begleitet. Diese Arbeit war immer nur im Team möglich und wird auch im Team weiterhin begleitet werden. Die Entscheidungen sind klar, die Arbeitslosenhilfe wird abgeschafft und ich denke, Herr Haas hat das für mich ziemlich deutlich genannt, auch in meinen Augen ist das sozialpolitisch falsch, die falsche Richtung.

Als Einzelkämpfer sind wir häufig die einzige Organisation aus dem Betroffenenpektrum und wirken aufgrund unserer Basiskennnisse. So beeinflussen wir manche Entwicklung durch Anregungen öffentlicher Erklärungen und Stellungnahmen, wie auch bei Gesetzentwürfen.

Ziegen setzen sich für greifbare Ziele ein. Die BAG Sozialhilfeinitiativen hat stets direkte Verbesserungen für die Menschen im Blick und ist nicht in erster Linie Weltverbesserer. Allerdings darf dabei auch nicht vergessen werden, dass dennoch Hoffnungen und Wünsche und Zielsetzung vorhanden sind, die von Anderen als Utopien bezeichnet werden. Bereits 1985 wurden die Bielefelder Forderungen nach einem deutlich verbesserten Warenkorb beschlossen. 1993 wurde unser Existenzgeldpapier verabschiedet und 1999 beschloss das Plenum des Bundestreffens in Erfurt erneut eine Überarbeitung dieser sogenannten Utopien.

Ziegen, um weiterhin beim Bild des Horoskops zu bleiben, reagieren leidenschaftlich und entschlossen, wenn sie sich bedroht fühlen. Anfang diesen Jahres hat der Vorstand beschlossen, die Geschäftsstelle vorübergehend zu schließen, um deutlich zu machen, dass wir uns in unserer Existenz bedroht fühlen, denn ohne eine Zusicherung der für diese Geschäftsstelle notwendigen Mittel konnten wir nicht weiterarbeiten, ohne das Risiko von unverhältnismäßigen Verpflichtungen einzugehen. Für alle mit Sozialhilfeproblematik befassten Initiativen und Projekte ist nach der Hängemattendiskussion von rechts und der Faulenzerdebatte von links keine Spenden- bzw. anderweitige Unterstützungsbereitschaft vorhanden. Mit der Schließung haben wir natürlich auch Öffentlichkeitsarbeit verbunden. Hier war es uns aber wichtig zu betonen, dass wir nicht dem einzelnen Mitarbeiter oder der Mitarbeiterin des Ministeriums als Schuldige sehen, sondern die derzeit geltenden gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Von unseren Mitgliedern können wir mehrheitlich nicht erwarten, dass sie einen hohen Mitgliedsbeitrag bezahlen können oder uns Geld spenden. In der Geschäftsstelle wird regelmäßig an Büromaterial so gespart, dass wirklich nur die allernotwendigsten Ausgaben getätigt werden. Projekte, die uns Finanzmittel und Renommee einbringen können, können wir in der Regel erst gar nicht anfangen, weil wir weder die nötigen Mittel noch die entsprechende Zeit für die Planung haben. Stets ist der Alltag gerade jetzt in der Umstrukturierung der sozialen Sicherungssysteme mit soviel Arbeit gefüllt, dass solche Planungen hinten an stehen.

Unsere Anerkennung, die wir allgemein erhalten, war ein hartes Stück Arbeit, gekoppelt mit Professionalität, Sachlichkeit und Kampf. Wir wissen diesen Preis verbunden mit dem Preisgeld sehr genau zu schätzen und sagen Ihnen hiermit noch einmal recht herzlichen Dank.

Zum Schluss möchte ich mich auch bei folgenden bedanken: Erst einmal bei allen unseren Mitgliedern insbesondere bei jenen, die schon vor 1991 Mitglied waren bzw. in der Arbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen mitgearbeitet haben, bei allen unseren Förderern und Unterstützer/innen, ohne die wir gleichfalls nicht auskommen können. Bei allen Spendern, von denen wir in der Vergangenheit Geld erhalten haben und hoffentlich auch

in Zukunft noch erhalten werden. Bei allen Vorstandskolleg/innen, die mit ihren Entscheidungen die BAG-Sozialhilfeinitiativen zu dieser Organisation gemacht haben, die sie heute ist. Bei den wenigen Freunden, die auch in sehr schwierigen Zeiten, als es galt, nicht zu resignieren, mit Rat und Tat zur Seite standen. Bei dem inzwischen leider verstorbenen Herrn Hasinger, 1992 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren usw., ohne dessen Weitblick und Willen wir niemals Zuschüsse für unsere Arbeit vom Bundesministerium erhalten hätten. Beim Ministerium natürlich auch, ohne dessen Geld könnten wir den Geschäftsbetrieb nicht aufrecht erhalten. Bei unseren Mitarbeiter/innen in der Geschäftsstelle, die wir aufgrund dieser Bewilligungen in Teilzeit beschäftigen können und die mit Engagement und zwar deutlichem Engagement, mit Solidarität und bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit unsere Organisation stützen. Natürlich auch bei der Stiftung Solidarität, die unsere Arbeit heute anerkennt und uns in diesem Jahr mit dem Regine-Hildebrandt-Preis auszeichnet.

Lassen Sie mich die Namensgeberin zitieren, die einmal sagte: "Mir war immer Mitmenschlichkeit wichtig, das hat sich nach der Wende sogar verstärkt, weil Massenarbeitslosigkeit und die Veränderung der sozialen Verhältnisse die Menschen extrem verunsichert haben. Mein Leben ist eng verbunden mit dem Beruf, mit dem Zusammensein, mit der Familie, auch mit dem Versuch, etwas auszustrahlen und etwas zu bewegen. Das lasse ich mir auch jetzt nicht abschneiden. Entscheidend ist nicht die Länge des Lebens, sondern dass man sein Leben weiterführen kann, so, wie man es für richtig hält." Ich habe eben Frau Hildebrandt, die Tochter von Regine Hildebrandt, gehört und ich kann ihren Appell, den sie, aus dem was ihre Mutter gesagt hat "Tut etwas" nur als dringend notwendig unterstützen. Das ist mein persönliches Motto, weil ich glaube, dass jeder Mensch in der Lage ist, etwas zu tun, um seine Situation positiv zu beeinflussen, obwohl ich auch die Resignation gerade in der letzten Zeit sehr deutlich raushöre. Die Bundesarbeitsgemeinschaft trägt dieses Motto eben auch mit. Dieses Zitat ist Herausforderung, Mahnung und Appell zugleich, die Mitmenschlichkeit nicht zu vergessen. Solidarität zu pflegen und anzumahnen und in diesem Sinne arbeiten wir als Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen weiter.

Ich persönlich möchte mich zum Abschluss noch bei meiner Familie bedanken, ohne deren Unterstützung ich diese Arbeit an der Spitze der BAG-Sozialhilfeinitiativen niemals in diesem Umfang hätte leisten können. Und das auch nicht über die Länge der Zeit. Und da kann ich auch wieder nur an Regine Hildebrandt und an die Worte, die Sie eben in ihrem Sinne gesagt haben. Ich kann das gut verstehen, auch meine Familie kommt immer wieder zu kurz und auch ich muss immer wieder versuchen, inne zu halten, um diese Kraft auch weiterhin zu halten.

Ich möchte mich ganz herzlich für diesen Preis im Namen der BAG bedanken.

(Applaus)

Pastor Eduard Wörmann

Meine Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

Ich verkürze den Anlauf der Anrede aus zeitlichen Gründen. Aber ich will einen doch nennen jetzt hier noch mal, das ist der Johannes Roscher, derzeit Beauftragter der EKG für Fragen der Arbeitslosigkeit, der die weiteste Anreise und Rückreise hat von Zschopau und dann nach Zschopau. Ich freue mich ganz besonders. Er gehört zu denjenigen, die genau überlegen,

wenn sie sich auf Reisen begeben, dass er sich zu dieser Veranstaltung entschieden hat. Vielen Dank Johannes, dass Du gekommen bist.

Wenn Walter Haas dann nun recht hat, mit allem, was er lobend erwähnt hat, dann würde ich doch gleich sagen, wenn etwas hin und wieder gelungen ist, ansatzweise punktuell war das immer eine Gemeinschaftsleistung. Eine solche Preisverleihung bietet Anlass und Möglichkeit, allen denen herzlich zu danken, die mit mir und sich wechselseitig bestärkend dafür eingetreten sind, dass die Situation und die Probleme der Arbeitslosen und Armen realistisch wahrgenommen und gemeinsam Initiativen mit dem Ziel "Arbeit für Alle" politisch durchgesetzt haben. Ich danke meiner Frau und meiner Familie, für ihre liebevolle aber auch nicht unkritische Begleitung meines Tuns.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen im früheren Sozialamt - das gibt's ja nicht mehr - der evangelischen Kirche von Westfalen für die große Gemeinsamkeit bei der Suche nach Wegen aus der Massenarbeitslosigkeit und für ihr persönlich-fachliches Engagement in den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen sowie theologisch-sozialethischen Debatten. Und hier will ich auch einen Namen nennen: Dieter Rothert, Pastor Dieter Rothert, der mit mir gemeinsam die Beauftragung der EKD wahrgenommen hat, allein wäre das nicht möglich gewesen. Wir haben, denke ich, durchaus auch gemeinsam gewisse Signale gesetzt. Vielen Dank.

Für die Bereitschaft zu langjährigen kritisch-konstruktiven Dialogen in Werkstattgesprächen an verschiedenen Orten Deutschlands in West und Ost danke ich Politikerinnen und Politikern, Experten aus Bundes- und Landesministerien, der Arbeitsverwaltung, aus Gewerkschaft und Arbeitgeberverbänden und Wirtschaftunternehmen auch unter den Gästen heute.

Betroffene Beteiligen. So steht es auf der Einladung und dem Programm, das Jahresmotto des Jahres 2003 und das ist ja vorhin auch schon angesprochen worden, war ein Gestaltungselement bei Gesprächen mit arbeitslosen Frauen und Männern, mit denen wir schon begonnen haben, bevor an der Jahreswende, man muss ja daran erinnern, es war die Jahreswende 1975/1976, die Ein-Millionen-Grenze zur Massenarbeitslosigkeit überschritten wurde. Es war nicht einfach, das zu realisieren. Arbeitslose mussten lernen, selbstbewusst zu werden. Und selbstbewusst über ihre Probleme zu sprechen und für ihre Rechte einzutreten. Ich denke hier auch an gemeinsame Erfahrungen mit Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern. Und die Profis, die an diesen Gesprächswochen beteiligt waren aus den Bildungseinrichtungen also auch aus dem Sozialamt, aus der Arbeitsverwaltung, Auch Betriebsleitungen und Betriebsräte, die an den Gesprächswochen beteiligt waren, mussten lernen, zuzuhören, die gleichberechtigte Beteiligung von Arbeitslosen zu respektieren und die eigene, auf Mitbestimmung, nicht Alleinbestimmung, auf Mitbestimmung beschränkte Rolle zu akzeptieren. Ich hab immer schon ein bisschen schnoddrig gesagt, ich war immer voll dafür, anderen Mitbestimmung zu verordnen. Wenn andere da bei mir Anspruch drauf erhoben haben, wurde ich immer etwas nervös.

Wären solche Veranstaltungen kontinuierlich und konsequent durchgeführt worden, dann müsste es heute eigentlich nicht mehr vorkommen, dass Arbeitslose immer noch als arbeitsunwillig diskriminiert werden, sondern als das wahrgenommen werden, Menschen, denen Arbeit und das heißt, die Chance zu eigener Existenzsicherung und gesellschaftlicher Beteiligung verweigert wird. Ich denke, dass man hier an dieser Stelle auch noch mal ganz kurz sagen darf, an der Hartz-Kommission waren Arbeitslose nicht beteiligt. Sicherlich wären, wenn sie beteiligt worden wären, manche unzumutbare Dinge verhindert worden.

Regine Hildebrandt und ich waren zur gleichen Zeit Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands. Ich habe in den Synodenprotokollen nachgeschaut, auf welche Probleme Regine Hildebrandt die Synode im Laufe der Jahre eindringlich hingewiesen hat. Ich möchte nur einfach ganz kurz an vier solcher Punkte aus der Fülle der Punkte, die sie genannt hat, noch mal kurz daran erinnern.

Die Erhaltung des sozialen Friedens in den neuen Ländern war für sie eine ganz wichtige Aufgabe. Bei der Synode 1991 mit dem Thema "Die Zukunftsfähigkeit wirtschaftlichen Handelns" hat sie nach eher die Probleme verharmlosenden Referaten von Ministerpräsident Stolpe und Frau Breuel, der Chefin der Treuhand gesagt: "Jetzt möchte ich Ihnen mal an einem Beispiel demonstrieren, was Sie an Informationen bekommen haben und was nicht. Ich will Ihnen sagen, wie es vor Ort ist." Sie hat dann dargestellt, wie durch den Verkauf von großen Grundstücken durch die Treuhand gleichzeitig die Kindergärten, die Poliklinik, das Clubhaus, das Sportstadion und die Schwimmhalle, d. h. die Infrastruktur verkauft und dann zumeist auch beseitigt wurden. Die Verhältnisse vor Ort zu kennen, war ein Kennzeichen des Politikstils von Regine Hildebrandt. Die Menschen vor Ort sollten erkennen und erleben, dass die Politik an ihren Bedürfnissen orientiert ist und dass für ihre Lebensbedingungen wichtige Einrichtungen erhalten werden müssen.

1995 ging Regine Hildebrandt in ihrer Rede vor der Synode auf die Sparbeschlüsse der damaligen Bundesregierung ein. Das klingt sehr aktuell. Ich zitiere: "Die Bundesregierung meint offenbar, jetzt müssen aber die Langzeitarbeitslosen ein bisschen die Hammelbeine langgezogen kriegen, damit sie endlich wieder die Arbeit annehmen, die nicht da ist. Das kann doch nicht wahr sein. Das empört mich auch deswegen, weil es ja nicht der erste Schritt in dieser Diskriminierungskampagne ist." Soweit das Zitat. Ich will jetzt nicht darüber spekulieren, was Regine Hildebrandt zu den aktuellen Sparbeschlüssen der jetzigen Bundesregierung sagen würde. Jedenfalls war es wichtig, aus meiner Sicht, dass im Interesse der Arbeitslosen eine kleine Gruppe von Abgeordneten mit ihrer Hartnäckigkeit Korrekturen an der Gesetzesvorlage zur Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt haben. Die Regelung, dass Beschäftigung für Arbeitslose nur dann zumutbar ist, wenn das tarifliche bzw. das ortsübliche Geld gezahlt wird. Die Notlage von Arbeitslosen darf doch nicht zu Lohndumping missbraucht werden. Die gesetzliche Klarstellung, dass im Falle von Arbeitslosigkeit Unterhaltsansprüche gegenüber Kindern und umgekehrt ausgeschlossen bleiben. Und die Regelung, dass Langzeitarbeitslose ihre Ersparnisse zur Alterssicherung nicht mehr gänzlich aufbrauchen müssen. Wenn auch die Notwendigkeit, und Walter Haas hat das ja auch gesagt, des Sparens respektiert werden muss, frage ich, ob es nicht auch Grenzen aus Achtung vor den betroffenen Menschen gibt. Der verordnete innerfamiliäre Lastenausgleich würde z. B. die ohnehin schon vorhanden Spannungen und Belastungen in Familien mit Arbeitslosigkeit unzumutbar vergrößern. Vermögenssteuern werden politisch abgelehnt. Aber Arbeitslosen wird der Abbau von auch kleinem Vermögen zugemutet. Die Diskriminierung der Abgeordneten als Abweichler lässt an dem demokratischen Bewusstsein ihrer Kritiker zweifeln. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der Oppositionspolitiker jetzt schon das Durchhalten dieser Minimalposition im Vermittlungsverfahren in Frage stellen, empört mich geradezu.

Sehr begrüßt hat Regine Hildebrandt den Konsultationsprozess in den beiden großen Kirchen zum Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland der dann in das gemeinsame Wort der evangelischen und katholischen Kirche für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit einmündete. Ich fürchte, dass Bischof Lehmann Recht behalten hat, nämlich dass das gemeinsame Wort schon zu Anfang kaputtgelobt wurde. Die mit ihm angebotenen Chancen zur Wertorientierung im politischen Handeln blieben weitgehend ungenutzt wie gerade auch die verwirrende Diskussion über Gerechtigkeit in der SPD zeigt.

Aus kirchlicher Sicht besteht keine Alternative zwischen Verteilungsgerechtigkeit und Beteiligungsgerechtigkeit. Solange es offensichtliche Benachteiligungen in der Gesellschaft gibt, setzt gesellschaftliche Beteiligung gerechte Verteilung von Finanzen voraus. Der harte Kern des gemeinsamen Wortes ist die vorrangige Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns. Ich betone das nochmals, weil es durchaus auch Bürokraten in der Kirchenverwaltung gibt, die das anscheinend nicht mehr wissen. Sie lässt strukturelle Ungerechtigkeit erkennen, so heißt es in dem gemeinsamen Wort, und verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und zu wirkungsvollen Allianzen der Solidarität. Und dann heißt es weiter: "Suche nach Gerechtigkeit zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe und Teilnahme, an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen." Ich denke, dass hier mal deutlich wird, dass das nicht zwei verschiedene Dinge sind, sondern dass das zusammengehört. Beteiligungsgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Zur völlig überflüssigen Diskussion über angebliche Weinerlichkeit in Ost oder/und West ist an die Feststellung des gemeinsamen Wortes zu erinnern, schon 1997. Die Bevölkerung ist bereit, notwendige Einsparungen mitzutragen, wenn sie sieht und davon ausgehen kann, dass die Lasten und die Leistungen gerecht verteilt werden, da dabei die Gesamtheit der Solidargemeinschaft erfasst wird und soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur bei den Ausgaben und Leistungen, sondern bereits bei der Aufbringung gewahrt bleibt. Wo dies nicht geschieht, so steht es in dem gemeinsamen Wort, und wo ungleiche Belastungen vorgenommen werden, ist offener und engagierter Widerspruch berechtigt. Ich denke, dass das auch noch mal ein Appell an die Kirchenleitung ist.

Öffentlich geförderte Beschäftigung - und das ist der letzten Punkt - war für Regine Hildebrandt als Arbeitsministerin ein notwendiger Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik. Ich betone das, weil es wenig Arbeitsminister oder Ministerinnen gab, die auch die öffentlich geförderte Beschäftigung als notwendigen Bestandteil sahen. Wir, Regine Hildebrandt und ich, begegneten uns beim Tun, nämlich in Projekten der Sozialen grünen Landscheune in Rohlsdorf/Dömitz und in dem Landhof Bademeusel, nur als Beispiel genannt. Aufgabe dieser öffentlich geförderten Beschäftigung und ihrer Einrichtung ist individuelle Förderung, die junge Menschen zur Eigenverantwortung befähigt und Beteiligung an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die Langzeit-arbeitslosen neue berufliche und persönliche Perspektiven eröffnet. Das sind wesentliche Elemente dieser Einrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung. Sie sollen dazu beitragen, das Arbeitslose mit einem größeren Förderungsbedarf vor der gesellschaftlichen Ausgrenzung bewahrt werden. Kirchliche Erwerbslosen-initiativen sind in den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zu Signalen der Hoffnung für Langzeitarbeitslose geworden. Kurt Biedenkopf, den man ja nun wirklich nicht für einen Linken halten kann, hat solche kirchlichen Initiativen als Pfadfinder einer neuen Sicht der Dinge bezeichnet. Trotzdem sind diese jetzt, das klang ja hier auch schon an, bei dem, was Walter Haas gesagt hat, in ihrer Existenz gefährdet.

Abschließend sage ich noch, das Geld des Förderpreises ist aufgeteilt in zwei Richtungen: an SEN - da ist der Stand - Soester Entwicklungsnetz Qualifikation und Arbeit für Jugendliche und Erwachsene und die Kirchliche Erwerbsloseninitiative Tschopau im Erzgebirge. "Zukunft pflanzen" war das Motto von Frauen, die 1991 die Initiative im Erzgebirge gegen ihre Arbeitslosigkeit ergriffen. Sie gründeten eine Baumschule und bepflanzten öffentliche Flächen. Mich hat diese Fraueninitiative und das Motto, auch nachdem die kirchliche Erwerbsloseninitiative in Tschopau ein breiteres Spektrum an Ausbildung und Beschäftigung hat, immer wieder stark beeindruckt und mir ist da immer in der Erinnerung auch mal deutlich geworden, wie blödsinnig es ist, über Weinerlichkeit zu sprechen. Dankeschön.

(Applaus)

Prof. Dr. Karl Krahn:

Liebe Frau Biehn, lieber Herr Wörmann, herzlichen Dank für Ihre, kann man wohl sagen, ebenso nachdenklichen wie aufmunternden Worte. Sie haben noch mal in eindrucksvoller Weise unterstrichen, wie richtig unsere Entscheidung war. Herzlichen Dank.

(Applaus)

So, meine Damen und Herren, das war der eher offizielle Teil unserer Preisverleihung. Nun möchte ich Sie alle zum mehr inoffiziellen Teil einladen und darum wünsche ich auch noch keinem eine gute Heimfahrt. Sie sehen da hinten, hat man mir gesagt ..., die runden Tische kommen aber gleich. Also auf den runden Tischen sind Häppchen angerichtet. Wir hoffen, dass man da noch mit dem einen oder anderen ins Gespräch kommt, ein bisschen Erfahrung austauscht und vor allen Dingen ins Gespräch kommt mit den Kolleginnen und Kollegen, die ihre Informationsstände aufgebaut haben und, wie mir Franz sagte, kommen die weit über Bielefeld hinaus zu uns und wir können auch sagen, das ist auch eine Form, unsere Preisträger zu ehren.

Wir wünschen allen Arbeitslosen- und anderen Initiativen eine weiterhin erfolgreiche Arbeit. Auch wenn, das klang ja auch an, heute schon unter fast extrem ungünstigen Bedingungen.

Ganz zum Schluss möchte ich mich bei allen Anwesenden herzlich bedanken. Das die Reihen heute ein ganz klein wenig gelichtet sind, ich deutete es schon an, das lag an der parallel laufenden Veranstaltung einer Gewerkschaft hier. So konnten wir im Unterschied zu den vergangenen Jahren viele Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen hier heute nicht begrüßen. Aber ich habe vorhin mitbekommen, einige, die auch auf der Veranstaltung waren, sind sofort hier rüber gekommen, die haben sogar auf das Mittagessen verzichtet! Aber im Ernst - jetzt kommen die Häppchen. Bedanken möchte ich mich bei allen, das muss wirklich gesagt werden, die diese Veranstaltung hier heute vorbereitet und durchgeführt haben.

Letzten Satz: Wir wünschen - glaube ich - alle aus tiefstem Herzen unseren Preisträgern eine weiterhin sehr erfolgreiche Arbeit, denn es gibt niemand, der besser weiß: "Es ist immer noch besser, ein Lichtlein anzuzünden, als die Dunkelheit zu beklagen."

Herzlichen Dank.

So, noch zur Regie: Jetzt hat der Franz gesagt, dass die Akteure jetzt noch Blumen bekommen. Da sind sie.